

afrika-bulletin

Nov./ Dez. 2017
Fr. 5.-/Euro 5.-



Rohstoffreichtum – Segen oder Fluch?





Barbara Müller ist langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees und Koordinatorin der KEESA. Kontakt: coordination@apartheid-reparations.ch.

Während die einen von Rohstofffluch und Rohstofffalle sprechen, führen andere den wachsenden Run auf afrikanische Ressourcen als Beweis für eine glänzende Zukunft des Kontinents auf. Bereits zum dritten Mal in den letzten Jahren befasst sich das Afrika-Bulletin mit der kontroversen Rolle des Bergbaus (Nr. 155 Bergbau und Demokratie vom September 2014 und Nr. 149 Bergbau: Soziale Verantwortung und Konflikte vom Februar 2013). Immer geht es dabei um die folgenden Fragen: Was bringt der forcierte Ressourcenabbau für die Entwicklung der betroffenen Länder? Was hat die Bevölkerung davon? Was sind die langfristigen Folgen für die Umwelt und den Lebensraum der Menschen? Zur Diskussion in diesem Heft stehen der Verhandlungsspielraum der Regierungen, die die Machtverhältnisse zwischen Bergbaukonzernen und Regierungen, aber auch Verteilungsfragen innerhalb der betroffenen Länder.

Boniface Mbanza zeigt in seinem Beitrag auf, dass die Einkommensunterschiede in den ressourcenreichen Ländern am höchsten sind und schlägt als Massnahme zur Armutsbekämpfung ein über den Rohstoffsektor finanziertes bedingungsloses Grundeinkommen vor. Eine bestechende Idee, gerade für das als Beispiel gewählte Mozambique, dessen unverhoffter Erdgasreichtum dem bis anhin mausarmen Land anscheinend märchenhafte Perspektiven verspricht. Anna-Sophie Hobi und Barbara Müller zeigen die Arroganz des mächtigen Zuger Bergbaukonzerns Glencore auf, der sich weigert einen höheren Strompreis zu bezahlen und die Regierung mit der Entlassung von Arbeitern erpresst. Ans Horn von Afrika führt der Artikel von Susy Greuter, welche die eritreische Rohstoffpolitik aus der Perspektive der Souveränität beleuchtet. Mit 40 Prozent Beteiligung an einer Goldmine ist es dem Land gelungen, sich einen fairen Anteil am Erlös zu sichern. In seinem einführenden Beitrag zeigt Elísio Macamo auf, wie der Begriff «Ressourcenfluch» das normative Vokabular der Entwicklungspolitik als Parolen entlarvt, die verkennen, dass aufgezeigte Auswege im Grunde Problembeschreibungen sind.

Für einmal aus dem Hintergrund tritt Beatrice Felber Rochat, die seit 1987 das Sekretariat des Afrika-Komitees führt. In den bewegten 1980er Jahren engagierte sie sich im Südafrika-Boycott und kam tief beeindruckt von Besuchen in die umkämpften Townships zurück. 2016 war sie zum ersten Mal wieder in Südafrika und konnte einige der Frauen und Männer treffen, mit denen sie damals gesprochen hatte. Unter anderem lernte sie bei dieser Gelegenheit auch das Kinderheim Daily Bread im Ostkap kennen. Spontan entschloss sie sich, sich nach ihrer Pensionierung in einem sechsmonatigen Freiwilligeneinsatz dort zu engagieren. Für den geplanten Nähunterricht brauchte es jedoch Nähmaschinen und Material. Ein Spendenaufruf des Afrika-Komitees brachte rund 6000 Franken zusammen, Bernina half mit Nähmaschinen aus. Im März dieses Jahres war es dann so weit. Ihr sehr persönlicher Bericht über diesen Einsatz findet sich ebenfalls in diesem Heft. Die letzte Seite nutzen wir erstmals um eine Partnerorganisation, in diesem Fall das Centre Europe Tiers Monde in Genf vorzustellen. ■

Ich wünsche eine gute Lektüre!

Barbara Müller

Impressum

Ausgabe 168 | November / Dezember 2017
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 42. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61-692 51 88 | Fax (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH260900 0000 4001 77543

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Beatrice Felber, Pius Frey, Andrea Fuchs, Elisa Fuchs, Susy Greuter (Red.), Anna-Sophie Hobi, Boniface Mabanza, Elísio Macamo, Barbara Müller (Red.), Pascal Schmid, Hans-Ulrich Stauffer (Red.).

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage

Jahresabonnement: Fr. 30.–/Euro 30.–

Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 40.–

Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 50.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 169: 31. Dezember 2017

Schwerpunktthema: Die Unabhängigkeit der Justiz

Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Illicit Financial Flows, Literatur.
Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Frauen in Solwezi (Nordwestprovinz, Zambia) brechen mit einfachsten Mitteln Steine für Strassen- und Hausbau – ein Wirtschaftszweig, der in direktem Zusammenhang mit den regen Investitionen in Verbindung mit dem Rohstoffabbau steht. Der Kontrast zur hochtechnisierten Ausbeutung der Rohstofflager durch meist internationale Konsortien verdeutlicht eines der Hauptprobleme der rohstoffreichen Länder (Bild: Rita Kesselring 2015).

Der Fluch der Ressourcen

Kritische Annäherung an einen Begriff

Der Begriff «Ressourcenfluch» führt vor Augen, was wir bei Entwicklungsprozessen noch nicht verstehen, und veranlasst zur Frage nach den Bedingungen, unter denen unser Wissen über Entwicklungsfragen stimmt. Elísio Macamo hinterfragt das normative Vokabular der Entwicklungspolitik.

In seiner Entwicklung wird Afrika von wohlgemeinten Ratschlägen begleitet. So sollen Alarmsignale vor Gefahren warnen und bewahren. Wenn die Vorzeichen gut sind, dämpfen sie bisweilen die Euphorie, so im Falle des seit einigen Jahren den wirtschaftlichen Aufschwung ankurbelnden Interesses an Rohstoffen.

Das Paradox des Überflusses

In der Ökonomie ist der Begriff «Ressourcenfluch» bekannt als das Paradoxon des Überflusses. Dieses erklärt unter anderem, warum nachholende Entwicklung bei Ressourcenreichtum eine komplexe Angelegenheit ist. Hinter dem Begriff steckt die Feststellung, dass von der Natur stiefmütterlich ausgestattete Länder wirtschaftlich oft besser abschneiden als solche, die reich mit Ressourcen bedacht sind. Sie sind friedlicher, politisch stabiler und gesellschaftlich gerechter. In Stammtischdiskussionen wird oft auf die pädagogische Wirkung von (Ressourcen-) Armut verwiesen, die motiviere und erfinderisch mache. Menschen in von der Natur reich gesegneten Ländern seien hingegen verwöhnt und müssten nur das Notwendigste tun, um durchzukommen.

Seriösere Erklärungen weisen jedoch darauf hin, dass Ressourcenreichtum die lokale Produktionsfähigkeit hemmt. Er führt zu einer starken Währung mit der Folge, dass lokal produzierte Güter teurer werden und die Landwirtschaft vernachlässigt wird, da Menschen dort weniger verdienen. Dieses makroökonomische Problem nährt Korruption, lässt Regierungen von Renten leben und führt zu politischer Instabilität. Die Situation erinnert an das Sprichwort: «Der Dumme hat dort Durst, wo es Wasser im Überfluss gibt». Aus der Ferne sieht dieser Mensch in der Tat dumm aus. Aber vielleicht ist das Wasser ja kontaminiert oder die Person leidet an einer Krankheit, die ihr nicht erlaubt zu schlucken. Vielleicht ist sie fürs Wassers schöpfen auf eine Technologie angewiesen, die sie sich nicht leisten kann. Natürlich ändert dies nichts an der Feststellung, dass jemand da sitzt und durstet, obwohl es Wasser gibt. Doch wird deutlich, dass der Wert der Feststellung nicht im Aufzeigen eines allgemeinen Prinzips liegt, sondern darin, dass sie uns zwingt, eine Frage zu stellen, die dem Denkprozess Antrieb geben kann: Unter welchen Bedingungen durstet jemand, der von Wasser umgeben ist? Oder noch besser: Unter welchen Bedingungen stimmt es, dass jemand dumm ist, der dort durstet, wo viel Wasser vorkommt?

Seit 2014 stottert der Aufschwung in Afrika, weil die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt schlecht sind. Hier zeigt sich die Verwundbarkeit von Ländern, die auf Ressourcen angewiesen sind. Um die Herausforderung zu verstehen, vor die der Ressourcenreichtum afrikanische

Länder stellt, ist es hilfreich, nach den Bedingungen zu fragen, unter denen bestimmte Aussagen stimmen. Es fällt auf, dass jene Länder, die am meisten von den negativen Folgen des Ressourcenfluches betroffen sind, nicht an der Definition der Regeln der Weltwirtschaft beteiligt waren, sondern als Kolonien eingebunden wurden. Seit der Unabhängigkeit müssen sie die Aufgabe der nachholenden Entwicklung in einem System meistern, an dessen Erschaffung sie nicht beteiligt waren, und mit Institutionen, die Ihnen fremd und neu sind. Die Niederlande als etablierte Volkswirtschaft meisterten hingegen die durch Erdölfunde in den 1970er Jahren ausgelöste «Dutch disease» – die Folge des Paradoxons des Überflusses – indem sie sich vertrauter Institutionen bediente. Das gleiche gilt für Norwegen, das mit dem Erdölerlös, einen «Sovereign fund» zur Stabilisierung der Volkswirtschaft einrichtete.

Wird in der Analyse dieser Unterschied nicht berücksichtigt, läuft man Gefahr, den Begriff Ressourcenfluch zu missbrauchen und die Herausforderungen zu verkennen, mit denen Afrika konfrontiert ist. In der Vergangenheit begnügte man sich, solche Probleme als kapitalistische Ausbeutung zu erklären. Auch wenn ein Zusammenhang zwischen Kapitalismus und negativen Folgen von Ressourcenreichtum besteht, ist ein anderer Blick gefordert. Was passiert mit dem Staat in Afrika, wenn auf einmal Ressourcen entdeckt werden? Es genügt nicht, einfach den Wunsch zu äussern, dass der Staat befähigt werde, Herr der Lage zu werden.

Die Lösung als Problem

Dieser Wunsch beschreibt primär eine Situation, nämlich, dass der Staat die Prozesse nicht steuert. Die Frage ist nicht mehr die, wie man den Staat besser machen kann, sondern die, ob er überhaupt möglich ist. Sie verdeutlicht, dass jede mögliche Lösung in Wirklichkeit ein Problem ist. Demokratie könnte helfen, Transparenz, Rechenschaftspflicht, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten. Doch sie erzeugt auch legitime Erwartungen an den Staat, die diesen überfordern können. Sie schafft Räume für Demagogie, die von Politikern besetzt werden, um im Namen des Volkes partikuläre Interessen zu verfolgen. Demokratie bringt Organisationen hervor, die Korruption bekämpfen, aber im Grunde Geldgebern lokale Probleme verkaufen, um sich selbst zu reproduzieren. Autonomiebestrebungen rücken Gemeinschaften ins Visier der politischen Eliten, die Angst haben, nicht an der Verteilung der Renten beteiligt zu werden.

Der Ressourcenfluch ist nicht deswegen ein Problem, weil er in Entwicklungsländern zu Instabilität, Korruption und Muse führen kann, sondern weil er das normative Vokabular der Entwicklungspolitik als Parolen entlarvt, die verkennen, dass die aufgezeigten Auswege im Grunde Problembeschreibungen sind. Eine Problembeschreibung ist jedoch keine Lösung. So führt uns der Ressourcenfluch vor Augen, was wir bei Entwicklungsprozessen noch nicht verstehen, und fordert uns heraus, nach den Bedingungen zu fragen, unter denen unser Wissen über Entwicklungsfragen stimmt. ■

Strompreiserhöhung in Zambia

Glencore will nicht zahlen

Zambias Deviseneinkommen hängt zu 80 Prozent vom Rohstoffexport ab, das heisst primär vom Kupfer. Dieses wird gemäss Exportstatistik zu 60 Prozent in die Schweiz an Handelsunternehmen wie die in Genf ansässige Trafigura verkauft. Mit Glencore ist ein Schweizer Unternehmen auch direkt in die Kupfergewinnung involviert. Bei der vom internationalen Währungsfonds verlangten Privatisierung der Kupferminen vor gut 20 Jahren haben die Minenkonzerne langfristige Verträge mit Zambias Regierung ausgehandelt, nicht unbedingt zum Vorteil des Landes. Wie sieht das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Unternehmen heute aus? Was bedeutet es für die sambische Bevölkerung? Diesen Fragen gingen Barbara Müller und Anna-Sophie Hobi in Zambia nach.

Die Mine in Kitwe steht seit 19 Tagen still, erklärt James Musonda, ein sambischer Doktorand an der Universität Liège, der für seine Forschungsarbeit fast täglich mit den Arbeitern bis zu 5000 Meter tief in den Untergrund fährt. Doch heute nicht. Denn die Mine hat den Betrieb eingestellt. Nachdem die Betreiberin der Mine, die mehrheitlich Glencore gehörende Mopani Copper Mines, sich weigerte, den aktuellen Stromtarif zu bezahlen, wurde die Zulieferung gekürzt. Daraufhin schloss Mopani das Werk und drohte Tausenden von Minenarbeitern mit der Kündigung.

Ankündigung des Präsidenten, den Bergbausektor zu reformieren und verbesserte Rechenschaft und Transparenz von den Konzernen zu fordern, mit dem Ziel, diese zu grösseren Beiträgen an den sambischen Staatshaushalt zu verpflichten. Insbesondere verlangen die Organisationen, dass der Lebensstandard der Bevölkerung verbessert wird, und dass die Bergbauregionen von der Tätigkeit der Minen profitieren. Der Staat solle die gesamte Wertschöpfungskette durchleuchten und dafür sorgen, dass das Land nicht durch die illegitimen Finanzflüsse der Konzerne geschädigt wird.

Die Akteure

Mopani Copper Mines (Mopani): Die Minen gehören seit 2000 zu 73,1 Prozent dem in der Schweiz ansässigen Unternehmen Glencore. Die Firma besitzt zwei Untertageminen in Mufulira und Kitwe sowie eine Schmelzanlage. In der Schweiz wurde Mopani durch die Berichte der SRF Rundschau bekannt, welche die Betreiber dafür anprangerte, schon seit Jahren gesundheitsschädliche und gar tödliche Schwefeldioxidausstösse zu verursachen.

Copperbelt Energy Corporation (CEC): Das Unternehmen verkauft den Kupferbergbaubetrieben im Copperbelt Strom. Diesen kauft sie von der staatlichen Zambia Electricity Supply Corporation (ZESCO).

Präsident Edgar Lungu: Lungu ist seit 2015 Präsident Zambias. Seine Partei, die Patriotic Front (PF), gewann die Wahlen vom August 2016 äusserst knapp. Der Wahlsieg des Populisten Lungu ist umstritten – die Opposition klagte vor dem Verfassungsgericht wegen Wahlfälschung. Oppositionsführer Hakainde Hichilema von der United Party for National Development (UPND) wurde kurz nach den Wahlen inhaftiert und erst auf die Intervention des Commonwealth hin nach über drei Monaten Haft freigelassen. PF und UPND sowie eine weitere Oppositionspartei führen seit Ende August Gespräche im Bemühen, die politische Situation zu entspannen. Eine solche Entwicklung ist neu für Zambia, das bisher mehrere Regierungswechsel ohne grössere Konflikte bewältigte.

Disput um Strompreiserhöhung

Der staatliche Energieversorger ZESCO erhöhte die Strompreise für private Konsumenten im Mai dieses Jahres um 50 und im September nochmals um 25 Prozent; eine weitere Erhöhung von 25 Prozent ist für Ende Jahr angekündigt. Parallel dazu wurde auch der Strompreis für die Minen (allerdings weniger stark) angehoben.

Der Grund für die Preiserhöhung ist eine seit Längerem andauernde Elektrizitätsknappheit. 94 Prozent



Stromversorgung der Mopani Copper Mines in Mufulira (Bild: Barbara Müller 2017).

Angesichts der akuten Krise flog Telis Mistakidis, Leiter des Kupfergeschäftes von Glencore, zu Verhandlungen mit Zambias Präsident Edgar Lungu aus der Schweiz ein. Anschliessend begab sich Lungu, um die Situation zu beruhigen, höchstpersönlich in den Copperbelt, wo er die Arbeiter und Gewerkschaften an öffentlichen Versammlungen über das Resultat der Verhandlungen informierte. Sein Überraschungsbesuch am 31. August 2017 sorgte in Kitwe und Mufulira für Aufregung. Sirenen, Helikopter und Verkehr waren den ganzen Tag über hörbar. Der Präsident gebrauchte dabei markige Worte bezüglich des Konzerns: Wenn Glencore nicht in der Lage sei, gewinnbringend zu arbeiten, solle der Konzern es bleiben lassen. Auch verlangte Lungu mehr Transparenz in Bezug auf die Geschäftstätigkeit.

In einer Pressemitteilung begrüsst das Forum der zivilgesellschaftlichen Organisationen von Mufulira die

der Stromversorgung Zambias beruhen auf Wasserkraft, unter anderem vom Kariba-Staudamm. Während gerade einmal ein Viertel aller Zambier ans Stromnetz angeschlossen sind, verbrauchen die Bergbaubetriebe über die Hälfte der gesamten Elektrizität für ihre Tätigkeit. Die Wasserkraftwerke sind wiederum stark abhängig von den klimatischen Bedingungen. In den letzten zwei Jahren fiel der Regen in der ganzen Region des südlichen Afrikas spärlich aus. Die Trockenheit verursachte tiefe Wasserstände, weshalb der Energiebedarf nicht gedeckt werden konnte. Um diesem Defizit zu begegnen, musste ZESCO teure Elektrizität aus dem Ausland importieren. Vor der Tarifierhöhung wurden die Engpässe durch Stromunterbrüche für die Bevölkerung kompensiert, während die Minen ihre Produktion ohne Einschränkungen weiterführen konnten. Obwohl der Niederschlag in der vergangenen Regenzeit ausreichend war, ist klar, dass ZESCO seine Werke erneuern und in neue Anlagen investieren muss. Um diese Kosten zu decken, sah sich ZESCO zu Tarifierhöhungen gezwungen.

Während sich andere Minenbetriebe mittlerweile mit dem neuen Strompreis abgefunden haben, opponierte Mopani gegen die Teuerung und weigerte sich, den neuen Tarif zu bezahlen. Am 11. August 2017 kürzte CEC dem Minenbetreiber deshalb den Strom von 130 auf 94 Megawatt. Mopani reagierte am gleichen Tag mit einer Klage vor dem Kitwe High Court gegen den Stromlieferanten, denn nach Aussagen des Public Relations Managers von Mopani, Nerbert Mulenga, in der «Zambia Business Times» widerspricht die Preiserhöhung einem früheren Abkommen, welches Mopani bis 2040 einen gleichbleibenden Strompreis garantiert. Ein Preisanstieg könne nur erfolgen, wenn CEC und Mopani dies gemeinsam beschliessen.

Der Bergbaubetrieb forderte CEC auf, weiterhin den benötigten Strom zu liefern. CEC lehnte ab. Daraufhin drohte Mopani mit der Entlassung von 4700 Arbeitern und entzog 300 Subunternehmen die Verträge für die Ausführung von technischen Arbeiten und vollautomatischen Bohrungen in den Minen, was zu deren sofortiger Stilllegung führte. Amos Chanda, Pressesprecher des Präsidenten, sprach von Geschäftspraktiken, die als Erpressung der Regierung verstanden werden können.

Die Minenarbeiter wurden so zum Spielball im Konflikt zwischen dem Staat und dem multinationalen Konzern Glencore. Nur nebenbei sei bemerkt, dass Mopani den Unterbruch nutzte, um die jährlichen Wartungsarbeiten im Werk durchzuführen.

Jenseits dieser Rhetorik ist allen klar, dass der Bergbauriege gekommen ist, um zu bleiben. In einer Pressemitteilung vom 30. März 2017 schreibt die Betreiberin: «Seit 2014 hat Mopani Copper Mines über eine Milliarde USD in ihre Operationen investiert, um diese zu modernisieren, was das Leben der Mine um weitere 25 bis 30 Jahre verlängert». Bereits davor erneuerte und baute Glencore die Minen in Kitwe und Mufulira für über drei Milliarden USD aus. Drei neue Schächte sollen die jährlich drei Millionen Tonnen gefördertes Kupfererz bis 2020 auf neun Millionen steigern. Und mit dem steigenden Kupferpreis kommt eine, wenn auch nur vorübergehende, Schliessung oder Reduzierung des Betriebes äussert ungelegen. Jede Minute, während der die Mine stillsteht, bedeutet einen finanziellen Verlust.

Es gibt einen zusätzlichen Aspekt: Der sambische Staat schuldet der Minenbetreiberin eine Stange Geld. Für das Kupfer entrichtet das Unternehmen Mehrwertsteuer, welche zu einem späteren Zeitpunkt rückerstattet werden soll. Der Staat habe diese Rückzahlungen versäumt und anderweitig verbraucht (beispielsweise für die Wahlkampagne der Regierungspartei PF), so der Vorwurf. Da CEC den Strom von der staatlichen ZESCO bezieht, nutzt Mopani die Gelegenheit, Druck auf den Staat auszuüben, um diesen zur Rückzahlung zu bewegen.



Mopani hat viel in neue Anlagen wie das Werk in Kitwe investiert (Bild: Barbara Müller 2017).

Während 17 Jahren kein Profit

Wie wichtig die Kupferproduktion für Zambia und seine Regierung ist, belegt ein Zitat von Präsident Lungu: «Wenn der Copperbelt hustet, leidet Zambia an einer ernsthaften Krankheit». Die Verhandlungen mit Glencore beziehungsweise Mopani verliefen sicher nicht reibungslos. Lungu äusserte sich zur Verhandlungsstrategie von Glencore gemäss dem Newsportal «News Digger» wie folgt: «Mopani sagte mir, sie hätten während 17 Jahren investiert und nicht einen einzigen Dollar aus ihren Investitionen erhalten. Ich werde eine Kommission einsetzen, die den Bergbausektor reformieren soll. Dort soll auch festgehalten werden, was mit einem Investor geschieht, der innerhalb von drei Jahren keinen Profit erzielt.» Denn über Jahre hat Mopani nur wenig bis keine steuerbaren Gewinne in Zambia ausgewiesen, was Präsident Lungu jetzt dem Unternehmen vorhält.

Es scheint jedoch, dass Glencore sich durchsetzen konnte, jedenfalls im Moment: Während die Bevölkerung die um 75 bzw. 100 Prozent erhöhten Strompreise bezahlen muss, bezieht Mopani während der nächsten sechs Wochen weiterhin Strom zu den bisherigen Bedingungen. Innerhalb dieser Zeitspanne soll über die strittigen Punkte verhandelt werden.

Der Doktorand James Musonda, der früher für Mopani gearbeitet hat und mit den Gepflogenheiten vertraut ist, bezweifelt, dass die Öffentlichkeit je erfahren wird, was wirklich ausgehandelt wird. Es wäre abgesehen davon nicht das erste Mal, dass eine zambische Regierung vor den Minenkonzernen einbricht. ■

Barbara Müller und Anna-Sophie Hobi weilten im August und September 2017 im Rahmen des Forschungsprojekts Valueworks in Zambia. Das durch das Swiss Network for International Studies (SNIS) geförderte Projekt untersucht die Beziehungen zwischen dem Rohstoffhandelsplatz Schweiz und den Lebensbedingungen in Zambia. Die Ethnologin Barbara Müller ist langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees und Koordinatorin der KEESA. Kontakt: coordination@apartheid-reparations.ch. Anna-Sophie Hobi studiert Ethnologie an der Universität Basel und ist Mitglied der KEESA. Kontakt: anna-sophie.hobi@unibas.ch.

Selbstbestimmte Entwicklung statt Ressourc

Vorbild Eritrea?

Eritrea ist allemal für einen Aufreger gut: Am 30. August 2017 brachte die Rundschau einen Beitrag unter dem Titel «Schweizer Geschäfte...» einen etwas unvollständigen Bericht über den Kauf von Rohgold im Wert von rund 400 Millionen US-Dollar durch die Gold-Raffinerie METALOR in Neuenburg – Rohgold, das in Eritrea geschürft und über drei Jahre von der kanadischen Firma Nevsun Resources Ltd in die Schweiz exportiert wurde. Schweizer Politiker waren eingeladen, sich über diese Handelsvorgänge «mit einem geächteten Regime» zu entsetzen. Susy Greuter hat etwas tiefer geschürft.

Nevsun betreibt als Mehrheits-Beteiligte die Tagbau-Erzlagerstätte Bisha im Süden von Eritrea – so wie Glencore die Kupferminen in Zambia betreibt, und andere in der Schweiz domizilierte Korporationen weltweit an Bergbauunternehmen beteiligt sind. War der «Skandal» um die Goldkäufe also schlicht ein aufgebauschter Normalfall, wie die Grosszahl der Kommentare zu der Sendung es sahen? Vielleicht nicht ganz, denn der eritreische Staat hat – im Unterschied zu den meisten Ursprungsländern der in der Schweiz gehandelten Rohstoffe – an dem Goldverkauf tatsächlich verdient: Neben Nevsun ist er mit 40 Prozent Minderheits-Beteiligter und ihm kamen entsprechend 40 Prozent des Erlöses zu. Zusätzlich erhebt er 35 Prozent Steuer auf die von Nevsun bemerkenswert transparent veröffentlichten

die Bahamas überwiesen und dem Herkunftsstaat oder irgendwelchen hohen Beamten ein paar Brosamen des Gewinnes überlassen?

Eritreas Rohstoffpolitik

Eritrea hat sehr spät und vorsichtig die Ausbeutung seiner Rohstoffressourcen gestartet. Zwar waren bis 1997, sechs Jahre nach der Unabhängigkeit, scheinbar einzelne Verhandlungen umsetzungsreif, doch die Kriegserklärung Äthiopiens vom Mai 1998 machte diese zu Makulatur. Nach dem Krieg dauerte es nochmals acht Jahre, bis der kanadische Vertragspartner die Schürfung der obersten, goldhaltigen Schicht des Bisha-Mine im Tagebau begann. Die scheinbar zögerliche Vergabe von Konzessionen könnte mit dem Vorhaben der

6

Zu 40 Prozent in eritreischem Besitz: Die Mine in Bisha (Bild: Martin Zimmermann 2016).



Gewinne. Kanada zeichnet sich durch die in der Schweiz seit Langem geforderten Transparenzregeln bezüglich extritorialen Unternehmungen ihrer Firmen aus.

War das der Stein des Anstosses für die Sendungsmacher und die Politiker: Eritrea verdient Geld – und wir können es nicht beschlagnahmen für die vorübergehende Versorgung der aus Eritrea Geflüchteten? Einzelne Kommentatoren schienen sich hingegen die Frage zu stellen, ob sich in der Schweiz jemand aufgeregt hätte, hätte Nevsun den gesamten Erlös zum Beispiel in

Regierung zusammenhängen, einen beträchtlichen Anteil an der Mine im eigenen Besitz zu behalten. Auch die für Entwicklungsländer ungewöhnlich hohe Gewinnbesteuerung von 35 bis 38 Prozent, welche Eritrea den Kontrahenten der Joint-Ventures abverlangt, könnte die Verzögerung und das Abspringen einiger Interessenten erklären.

Ein 40 Prozent-Anteil wie im Falle von Bisha macht eine entsprechend hohe Eigeninvestition nötig, für die Eritrea kaum Reserven hatte und nur mit Mühe einen

Kredit erhielt. Die Bereitstellung des Fachwissens, des gigantischen Maschinen- und Fuhrparks und der Verarbeitungsanlagen, mit welchen Nevsun sein Engagement nachwies, glich Eritrea mit der Erstellung der nötigen Infrastruktur (u. a. Strassen) aus.

Damit hat Eritrea sein Programm der absoluten Souveränität und der «ownership» beharrlich und geduldig durchgesetzt. Mit dem Einsatz der ersten beträchtlichen Gewinne aus dem Bergbau werden wiederum neue Joint Ventures finanziert, wie beispielsweise der 50-Prozent-Anteil am anlaufenden grossen Minenprojekt in Danakil, wo ein australischer Kaliproduzent in die Ausbeutung der reichen Pottasche-Vorkommen einsteigt. Eine Überschuldung, die Eritrea dem Diktat der Kreditgeber aussetzen würde, wird so verhindert und «Self-reliance», ein weiterer Programmpunkt, in die Tat gesetzt.

Eritrea realisiert damit eine Entwicklungspolitik, von deren Grundsätzen und Resultaten andere Völker in Afrika nur träumen können: Beispielsweise hat Nigeria durchschnittlich nur sechs Prozent seiner Erdölquellen in eigenem Besitz behalten können. Zambia, einst stolze 100 Prozent-Besitzerin seiner Kupferminen, wurde durch die Strukturanpassungsprogramme deren Verkauf diktiert. Anlass für die Selbst-Enteignung der Nationen war meist eine Überschuldung. Beides hat die eritreische Regierung vermieden, indem sie stur auf den souverän gesetzten Konditionen beharrte – nicht der einzige Zug, mit dem sie sich im Westen unbeliebt gemacht hat.

Eritreas National Service

Es ist wahrscheinlich, dass Eritrea für die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur bis zum Start von Nevsun 2008 auch den National Service aufgeboden hat. Im Unterschied zu kolonialen Frondiensten erhielten die Rekrutierten allerdings einen Sold sowohl für die militärischen als auch die zivilen Einsätze. Nach 2015 wurde dieser Sold zweimal angehoben auf heute etwa zwei USD pro Tag. Zivil auch in der Verwaltung und auf Staatsbetrieben eingesetzte Hochschul-Absolventen erhalten heute einen mittleren Beamtenlohn. Der Umfang in welchem der National Service eingesetzt wird, ist jedoch aussergewöhnlich. Seitdem Landesflucht, um den Dienst zu umgehen, hierzulande als Asylgrund für eine zumindest temporäre Aufnahme gilt, hat er Eritrea enorm in Kritik gebracht. Die Regierung hält demgegenüber fest, dass der extensive Militärdienst aufgrund von Äthiopiens Rückweisung der Friedensregelung des Internationalen Gerichtshofs, also der realen Bedrohung mit einer Fortsetzung des Krieges von 1998 bis 2000, nötig sei. Eine 1000 Kilometer lange Grenze grösstenteils durch Wüstengebiet intensiv zu bewachen, bedeutet allerdings einen ungeheuerlichen Aufwand.

Daneben aber werden die Eingezogenen nach dem eigentlichen Militärdienst im zivilen Ersatzdienst beispielsweise für Infrastrukturbauten, aber auch in der Verwaltung eingesetzt, je nach beruflichen Kompetenzen. Dieser totalitär anmutende Anspruch der Regierung entspringt der Vorstellung von Befreiungskriegern: Sie haben 30 Jahre dem Kampf für die Unabhängigkeit gewidmet – die nachfolgenden Generationen sollen

Das aktuelle Zitat zum Thema

«Ist zu kritisieren, dass ein Land Grundsätze formuliert, die im Hinblick auf einen nationalen Aufbau zu berücksichtigen sind? Grundsätze, die mittlerweile in jedes Schulbuch über die Entwicklung von Drittweltstaaten als Standardkriterien Eingang gefunden haben?» fragt sich Hans-Ulrich Stauffer in seinem Buch Eritrea – der zweite Blick (Rotpunkt-Verlag 2017).

ihrerseits ein Opfer für die Entwicklung des Landes erbringen. Schockierend an diesem Bestandteil der Entwicklungspolitik Eritreas ist, dass trotz Versprechen noch immer kein festes zeitliches Limit für den Einsatz von Männern bekannt ist, und ebenso wenig ein Verfahren, sich aus dem Dienst zu lösen. Trotzdem kann auch eine positive Seite erwähnt werden: Es gibt wenig Arbeitslosigkeit vom Männern und keine Slums in den Städten, wo die Existenz mit informellen Geschäften und Kriminalität bestritten wird – wie dies in vergleichsweise vielen afrikanischen Ländern der Fall ist.

Handel mit Eritrea?

Aufgrund einer äthiopischen Anklage, Eritrea unterstütze die islamistische Al-Shabab-Miliz in Somalia, verhängte die UNO 2009 Sanktionen, die Kriegsmaterialhandel und -finanzierung untersagen. Ausserdem kann spezifisch aufgelisteten Personen die Einreise verweigert sowie deren Konten und Transaktionen gesperrt werden. Zu sanktionierende Personen wurden aber keine definiert, und zu sperrende Konten schien es nirgendwo zu geben. 2013 wurde dann von einem ehemaligen Unterstaatssekretär der USA festgehalten, dass keine Unterstützung von Al-Shabab nachweisbar ist, der Grund für die Sanktionen fiel also im Prinzip weg ohne dass diese aufgehoben wurden. Obwohl nur kriegstaugliche Güter von den Sanktionen betroffen wären, ist der gesamte Handel Eritreas mit dem «Westen» bis heute geringfügig. Das von Nevsun an METALOR verkaufte Gold bildete eine – völlig legale – Ausnahme, auch wenn die Schweiz sich diesen Sanktionen weiter anschliesst.

Es sind nicht die Handelssanktionen, die Eritrea zu schaffen machen: Schon die reichen Nachbarländer auf der arabischen Halbinsel beschränken diese höchstens auf die tatsächlich untersagten Güter. Einschneidend ist, dass die Verfemung des Staates dazu führt, dass das Ausland kaum Direktinvestitionen (etwa in den Energiesektor und die Industrie) tätigt. Die alte Kolonialpolitik, die die hochpreisliche Industriegüter-Produktion im eigenen Land behält, befolgen heute auch China und Indien. Und die zahlreiche Diaspora von emigrierten Eritreern und Eritreerinnen: Sind sie zu wenig reich geworden oder blieben sie zu misstrauisch, als dass sie in die Lücke springen würden? Jedenfalls gibt es zu wenig Arbeitsplätze in einer Privatwirtschaft und somit ist auch die Frage, wo man Arbeit finden soll, wenn der National Service beendet ist, ein Antrieb zur Auswanderung. ■

Susy Greuter ist Sozialanthropologin mit langjähriger Afrikaerfahrung. Sie war kürzlich auf Einladung der dortigen Gewerkschaften in Eritrea. Kontakt: susy.greuter@sunrise.ch.

Rohstoffsegen für alle?

Mozambique und die Idee eines bedingungslosen Grundeink

Länder mit grossem Rohstoffreichtum leiden oftmals an einer ungleichen Verteilung des Wohlstands. Eine kleine Elite wird immer reicher und Investitionen erfolgen selten in systematischer und effizienter Weise. Die Bevölkerungsmehrheit begegnet dem Boom zu recht mit Skepsis. Kann das Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens gerade in diesen Ländern eine Lösung sein? Dieser Frage geht Boniface Mabanza von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) nach.

Die Mitglieder der Southern African Development Community (SADC) belegen in Bezug auf sozioökonomische Ungleichheit im Weltvergleich traurige Spitzenplätze. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in Armut und hat keinen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, obwohl diese durch Verfassungen, durch von den SADC-Staaten ratifizierte internationale Menschenrechtsinstrumente sowie durch den SADC Code on Social Security garantiert werden. Um der ungleichen Verteilung und der Armut entgegenzuwirken, bedarf es gezielter Massnahmen und Investitionen. In diesem Zusammenhang wurde die Einführung eines universellen bedingungslosen Grundeinkommens (BIG) vorgeschlagen, das jedem Bürger und jeder Bürgerin der Region ermöglicht, in Würde zu leben und am nationalen Reichtum teilzuhaben. Zur Finanzierung des BIG könnte in erster Linie der Bergbausektor herangezogen werden, der seit rund zehn Jahren aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach mineralischen und fossilen Ressourcen auf dem Weltmarkt einen unbeschreiblichen Boom erlebt. Davon profitieren jedoch fast ausschliesslich die kleinen nationalen Eliten in Politik und Wirtschaft sowie die involvierten Unternehmen, die zudem viele Begünstigungen erhalten wie etwa billige Konzessionen, niedrige Sozial- und Umweltstandards und Steuererleichterungen, wenn nicht gar Steuerfreiheit für lange Zeiträume. Den Menschen in den Bergbau-Regionen beschert der Boom allzu oft nichts als verschmutzte Böden und Flüsse, die fortan für die Landwirtschaft nicht mehr geeignet sind.

Entwicklung durch Grundeinkommen

2011 beschäftigte sich eine Tagung der KASA in Johannesburg mit der Frage, wie der Wohlstand im Südlichen Afrika gerechter verteilt werden kann. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Länder der SADC wenig in Menschen – insbesondere arme Menschen – «investieren», stattdessen aber viel Geld für Infrastrukturen ausgeben, von denen überwiegend die Reichen profitieren. Das Studies on Poverty and Inequality Institute (SPII) mit Sitz in Johannesburg brachte die Idee eines SADC-weiten Grundeinkommens ins Spiel, das durch die Besteuerung des Rohstoffsektors finanziert wird. Diese Idee hat seitdem ihren Weg gemacht. An einer von KASA und SPII organisierten Tagung wurde 2013 die Idee entwickelt, Mozambique als Pilotland zu nehmen.

Dass ein BIG ein effizientes Instrument zur Armutsbekämpfung sein kann, hat ein namibisches Pilotprojekt belegt. Es steht auch ausser Zweifel, dass ein BIG als direkte Investition in Menschen den Entwicklungsprozessen in den jeweiligen Ländern und in der Region langfristig zugutekommt. Ausserdem würde ein BIG zur Reduzierung der Ungleichheiten zwischen Reich und Arm beitragen, was auch langfristig der Stabilität der

Länder dienen würde. Das BIG ist nicht die Lösung aller Armutsprobleme, es stellt aber eine gute Basis dar, die von Begleitmassnahmen und Investitionen in Bildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, Basisinfrastrukturen und vor allem in die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Diversifizierung der Wirtschaft ergänzt werden muss. Was die Finanzierung betrifft, ist festzuhalten, dass die Einnahmen aus den mineralischen Ressourcen, die jetzt schon den Regierungen zur Verfügung stehen, besser genutzt werden müssen, wie der Bericht des Africa Progress Panel deutlich macht. So ergäbe sich bereits jetzt Spielraum für die Finanzierung eines BIG. Aber der Bericht macht auch deutlich, dass für die rohstoffreichen Länder mehr zu holen ist, als es bis jetzt der Fall ist. Dafür braucht es stärkere Verhandlungskompetenz gegenüber den multinationalen Konzernen, mehr Transparenz sowie die Bekämpfung von Korruption, Steuerflucht und illegalem Kapitaltransfer. Der Bericht sieht es als Aufgabe der internationalen Öffentlichkeit, Druck auf die multinationalen Konzerne und auf die westlichen Regierungen auszuüben, um Steuerflucht und Korruption zu unterbinden. Er sieht vor allem die afrikanische Öffentlichkeit in der Pflicht, die eigenen Regierungen bei der Mobilisierung der Ressourcen, vor allem aber bei der Kontrolle der Ausgaben und der Definition der Prioritäten zu begleiten. Insofern ist die sich im Südlichen Afrika abzeichnende Mobilisierung zu begrüssen. Sie zielt darauf ab, Kirchen, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen in einer Allianz zu organisieren, die den Entscheidungsträgern in der SADC aufzeigt, dass die Einführung eines SADC-weiten Grundeinkommens in ihrem Interesse ist.

Neue Ressourcen in Mozambique

Schon bei unseren Gesprächen im April 2013 war immer wieder zu hören: In Mozambique werden die ungemessenen Dimensionen der in den letzten Jahren entdeckten Ressourcen immer sichtbarer. Damals herrschte eine grosse Euphorie. Schätzungen gingen davon aus, dass Mozambique ab 2015 jährlich gut 100 Millionen Kubikmeter Gas fördern könnte. Damit läge es unter den zehn Ländern mit der grössten Förderung weltweit. Auch die Kohle-Reserven im Norden des Landes schienen gewichtiger zu sein als bis dahin angenommen. Obwohl solche Ressourcen ein grosses Potential haben, Devisen ins Land zu bringen, Arbeitsplätze zu schaffen und den allgemeinen Lebensstandard im Land zu verbessern, äusserten viele Mosambikaner und Mosambikanerinnen Skepsis angesichts der neu entdeckten Reserven. Die massgeblichen Gründe für diese Sorgen sind im politischen System und der Entwicklung seit 2013 zu finden. Damals wie heute ist der mosambikanische Kontext von einer dominanten Regierungspartei geprägt, die seit Jahrzehnten ununter-

brochen an der Macht ist, einer Opposition, die ihre Rolle sucht, und einer Zivilgesellschaft, die viele Probleme struktureller und finanzieller Art hat. In so einem Kontext ist es einfach für die Regierung, in Selbstherrlichkeit und Korruption zu verfallen. In Mozambique ist in der Tat die Selbstbereicherung der Regierenden und ihre Komplizenschaft mit nationalen und ausländischen Konzernen, die die Ressourcen des Landes kontrollieren, nicht zu übersehen.

Skepsis in der Bevölkerung

So lösten die täglichen Nachrichten über neue Rohstofffunde in Mozambique bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Euphorie aus. Zwar sahen viele in den entdeckten mineralischen Ressourcen und im Erdgas eine Chance, staatliche Einnahmen deutlich zu erhöhen, um die fehlenden Infrastrukturen zu finanzieren, Investitionen in Bildung und Gesundheit zu tätigen und der sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Trotzdem überwog die Skepsis, weil Mozambique in keiner Weise darauf vorbereitet zu sein schien, aus dem Rohstoffsegen einen Nutzen für die Allgemeinheit zu ziehen. Das Land läuft Gefahr, unter das Diktat der transnationalen Konzerne zu geraten, die für ihre Investitionen in Ländern mit schwacher Staatlichkeit darauf beharren, zunächst ein für sie günstiges Umfeld zu schaffen. Hierzu gehören in aller Regel eine Steuerfreiheit für mehrere Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, niedrige Umwelt- und Sozialstandards und Umsiedlungen. Da die Korruption in Mozambique schon weit verbreitet war, wurde zudem befürchtet, dass der Rohstoffboom und die daraus resultierenden Einnahmen die Gier der Elite verschlimmern würden. Es ist allgemein bekannt, dass etwa grosse Konzerne im Bergbausektor mittels Schmiergelder versuchen, die Förderkonzessionen unter ihrem Marktwert zu erhalten. Auch die schon erwähnten «Begünstigungen» sind oft nicht frei von Korruption. Sie kommen zum einen zustande, weil sich die internationalen Finanzinstitutionen, zu denen verarmte Länder wie Mozambique in einem Abhängigkeitsverhältnis stehen, für diese Investitionsregeln einsetzen, und zum anderen, weil die herrschende politische Klasse, die die Verträge unterschreibt, dafür viel Geld kassiert. Auch im Fall von Mozambique sind solche Geschichten längst zu hören.

Darüber hinaus drohte auch für Mozambique die grosse Gefahr, dass alle bisherigen Bemühungen, die nationale Ökonomie zu diversifizieren, zum Stillstand kommen, weil die Elite wie anderswo auch versucht sein könnte, nur noch Konzessionen für mineralische Ressourcen zu kontrollieren, zu verpachten oder zu verkaufen. Dies wäre aus ihrer Perspektive logisch, da sich hier für sie selbst schneller Geld verdienen lässt als durch die Entwicklung der Tourismusbranche, der Landwirtschaft oder des Dienstleistungssektors. Aus der Perspektive der mosambikanischen Volkswirtschaft jedoch wäre die Abhängigkeit von Rohstoffen fatal – nicht nur, weil deren Vorkommen begrenzt sind, sondern auch, weil der Bergbausektor aufgrund seiner geringen Beschäftigungsintensivität keineswegs ausreicht, um allen arbeitswilligen Menschen in Mozambique eine Perspektive bieten zu können.

Die bisherigen Erfahrungen in Afrika zeigen jedoch, dass die zehn am wenigsten diversifizierten Volkswirtschaften jene der rohstoffreichen Länder sind, wobei Botswana in dieser Hinsicht eine Ausnahme bildet. In allen anderen Ländern sind die Eliten damit beschäftigt, von den Einnahmen aus dem Rohstoffabbau so viel wie möglich für sich selbst zu akkumulieren, anstatt nach Ansätzen zu suchen, um aus dem Rohstoffreichtum Perspektiven für die Mehrheit der Menschen in ihren Ländern zu entwickeln. Angola, die Demokratische Republik Kongo, Gabun, Nigeria und Äquatorial-Guinea sind nur einige der Beispiele dafür. Da in Mozambique die Umsetzung der Anti-Korruptionsgesetze viel zu wünschen übrig lässt, und es an Instrumenten zur Regulierung und Kontrolle von Geldflüssen ins Ausland mangelt, ist die Gefahr mehr als akut, dass das Land den Weg jener Staaten gehen wird, in denen die Eliten im Geld schwimmen und in Europa und Amerika als solvente Bankkunden und Superinvestoren gefeiert werden, während die grosse Mehrheit ihrer Landsleute unterhalb der Armutsgrenze lebt.

Wege aus der Rohstofffalle

Mit solch einer Entwicklung steht in Mozambique der Zusammenhalt der Gesellschaft auf dem Spiel. Auch dies ist nicht ganz neu, da der nationale Zusammenhalt in vielen afrikanischen Ländern mit eklatanten Disparitäten nur mit Gewalt aufrechterhalten wird. Was die Situation in Mozambique besonders gefährlich macht, ist die Tatsache, dass das Land auf einen langen und brutalen Stellvertreterkrieg zurückblickt. Da viele der jüngst entdeckten Ressourcen im Norden Mozambiques liegen, und die meisten Politiker, die alles zu zentralisieren versuchen, aus dem Süden kommen oder in der Hauptstadt im Süden leben, ist schon jetzt auch eine regionale Zuspitzung des Ressourcenkonfliktes spürbar. Hinzu kommt, dass mit den vielen jungen Menschen, die ohne Arbeit und Perspektiven dastehen, die Unzufriedenen in allen Teilen des Landes scharenweise Mitstreitende hätten.

Somit stellten die neulich entdeckten und die noch zu entdeckenden Ressourcen in Mozambique eine richtige Falle dar. Noch ist es möglich, jene Faktoren zu beseitigen, die den natürlichen Segen in einen Fluch zu verwandeln drohen, und stattdessen aus dem «gefühlten» Reichtum ein Stück Wirklichkeit für alle zu machen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen, finanziert durch die Besteuerung des Bergbausektors, wäre ein geeigneter Weg, Reichtum umzuverteilen. Davon würden letztlich alle profitieren. Passiert das nicht, könnten die Ressourcen Mozambique in einen explosiven Cocktail verwandeln, dessen schwer kontrollierbare Entladung ohne Zweifel allen schaden würde. Mozambique hat Interesse daran, über Umverteilung nachzudenken, bevor die Rohstoffpreise wieder anziehen, und die nächste Welle von «Schatzsuchenden» ins Land rollt. ■

Kenya

Präsidentenwahl

Auf die Erleichterung über den ruhigen Verlauf der Präsidentschaftswahlen in Kenya und das internationale Schulterzucken darüber, dass die unterlegene Partei von Raila Odinga wegen Wahlfälschung protestierte, folgte die Ungültigkeitserklärung der Wahl durch das Oberste Gericht. Dieser Beweis der Unabhängigkeit der Judikative machte weltweit Schlagzeilen, und Angriffe auf den Obersten Richter aus der «siegreichen» Partei verstummten wieder. Dafür nahmen bis zum 31. Oktober (das Datum, bis zu welchem die Wahlen wiederholt werden müssten) die Proteste der Opposition gegen die Wahlkommission und Boykott-Drohungen zu. Anscheinend stellten die Richter systematische Manipulation der elektronischen Übertragung der lokalen Resultate fest. Nachdem zunächst nur Odingas Partei unter Androhung eines Boykotts die Erneuerung der zentralen Wahlkommission verlangte, verordnete auch der noch herrschende Präsident Kenyatta ihre Umstrukturierung. Die Kommission selber lehnt die Order ab mit dem Argument, dass damit die Wahlen nicht bis zum vorgeschriebenen Datum organisiert werden könnten. Inzwischen hat sich Odinga aus dem Wahlkampf zurückgezogen, um der Erneuerung der Wahlkommission mehr Dringlichkeit zu verleihen. Die Streitereien lassen erneut Unruhen befürchten. Sie zeigen auch, wie sehr der Zugang zu den Regierenden über die Parteizugehörigkeit die raren wirtschaftlichen Chancen (Jobs, Bauaufträge und Bewilligungen) der Anhängerinnen und Anhänger beider Parteien bestimmt. Dieses Prinzip gilt auch in vielen anderen Ländern Afrikas und erklärt weitgehend die langwierigen und bislang blutigen Auseinandersetzungen vor und nach jeder Wahl. ■

Südafrika

Diplomatische Immunität für Grace Mugabe

Die Justiz in Südafrika verfuhr pragmatisch: Sie gewährte Grace Mugabe, die wegen Tötlichkeiten gegen eine junge Frau angeklagt war, diplomatische Immunität. Dies führte zu Protesten in beiden Ländern. Interessanterweise wurde zeitgleich eine Flugblockade gelöst, indem Zimbabwe der südafrikanischen Fluglinie mehr Landrechte auf dem Flughafen von Harare zugestand.

Scharmützel vor ANC-Wahlen

Seit den ersten grossen Korruptionsskandalen, dem Skandal um Präsident Jacob Zumas persönliche Vernetzung mit dem Familienclan der Guptas, die weitgehenden Einfluss auf Regierungsgeschäfte nehmen konnten, und der Absetzung des Finanzministers wurden die Proteste gegen den Präsidenten sowohl auf der Strasse als auch an diversen ANC-Tagungen immer heftiger. Nun naht der nationale Parteikongress, an dem im Dezember ein neuer Präsident oder eine Präsidentin des ANC gewählt wird. Über die beiden wichtigsten Kandidierenden Cyril Ramaphosa und Nkosazana Dlamini-Zuma (2015 Vorsitzende der African Union und Zumas frühere Ehefrau) ist die Partei zutiefst gespalten. Der Präsident hofft, Dlamini-Zuma auf den Sitz zu hieven. Er erwartet Rückendeckung bezüglich seiner hängigen Verfahren und ein Fortbestehen der Vorreiterrolle KwaZulu Natal. Rasch rutschte Dlamini-Zuma ins Parlament nach und es wurden Schmierkampagnen gegen Ramaphosa publik. Dementgegen laufen Klagen an diversen Gerichten über korrupte Praktiken bei der Selektion der Provinzdelegierten, die noch vor Dezember gelöst werden müssen. Nach brachialen Kämpfen anlässlich der Partei-Tagung im Ostkap, die acht Beteiligte ins Spital brachten, gab sich Ramaphosa abgeklärt und verdammt jede Gewaltanwendung «unter uns». Allerdings nährte er auch die Klage, dass es Zumas Seilschaften um die Aneignung und Ausbeutung des Staates gehe. ■

Kamerun und Nigeria

Sezessionsbestrebungen

Nachdem die deutsche Kolonialmacht nach dem Ersten Weltkrieg das Feld räumen musste, wurden zwei Provinzen des heutigen Kamerun englisches, die übrigen sieben Provinzen französisches Protektorat. Ende der 1950er Jahre wurden sie wieder zusammengefügt in den alten Grenzen der deutschen Kolonie. Doch die Differenz der Amtssprache blieb erhalten. Das «englischsprachige» Fünftel der Bevölkerung fühlt sich seit längerem beim Zugang zu Ämtern benachteiligt, und vor einem Jahr begannen Juristinnen und Lehrer ihrem Unbehagen Ausdruck zu geben. Die seither schwelenden Proteste und Unruhen nahmen jüngst immer mehr kriegsähnliche Züge an. Es wird von bis zu 30 Toten gesprochen, und Bilder der unmenschlichen Behandlung inhaftierter Exponenten der Bewegung wurden veröffentlicht. Gleichzeitig wird der Ruf nach Sezession immer lauter und Gerüchte über Kontakte mit den ebenfalls nach Unabhängigkeit rufenden Igbo des angrenzenden Biafra (Nigeria) erhöhen die Nervosität der beiden betroffenen Zentralregierungen. ■

Subsahara-Afrika

Kaum Fortschritte im Bildungswesen

Die Millennium Development Goals (MDG), deren zweites Ziel die universelle Primarschulbildung der Kinder war, haben wenig Fortschritte gebracht. Will man Statistiken glauben, so waren 2016 weltweit immer noch 11,5 Prozent der Kinder im Schulalter ohne Zugang zu Schulbildung (gegenüber 12,8 Prozent zehn Jahre zuvor). Die im Jahr 2000 angelaufene Finanzierung dieses Programmpunktes kam mit der Wirtschaftskrise von 2008 abrupt zu stehen. Besonders schwierig ist die Situation der Hunderttausenden von Flüchtlingen, sei es im eigenen oder in einem Nachbarland. UNICEF hat für deren Kinder lediglich zwölf Prozent der beantragten Mittel erhalten. Schulen sind zudem häufig Ziel von Zerstörung, und die Zahl der in Afrika neu erstellten Schulgebäude deckt selbst den rein demografischen Zuwachs an Kindern nicht. Extreme der Vernachlässigung finden sich beispielsweise in der Demokratischen Republik Kongo, wo in den Ostprovinzen und neu auch in Kasai im Südwesten ebenfalls über eine Million Binnenflüchtlinge aufgefangen werden müssten. Doch die aufgrund der Kriegswirren nicht eingeschulten Kinder machen nur einen Fünftel der Kinder ohne Schulbildung aus. Der Norwegische Flüchtlingsrat spricht von insgesamt 7,4 Millionen Kindern im Kongo, die nicht eingeschult wurden. Ein weiteres Problem ist oftmals die Qualität der Schulbildung: Lehrer sind unterbezahlt, und da ihr Existenzminimum nicht gedeckt ist, wird ihr eigentlicher Hauptberuf zum Nebenerwerb. In Kaduna-State (Nigeria) bestanden 75 Prozent der Primarschullehrer selber die Schüler-Tests nicht – der Gouverneur des Staates nannte die politisch motivierte Wahl der Lehrer als Grund für diesen Skandal. Auf der anderen Seite unterhöhlt Korruption das Vertrauen in Bildung. Die berühmte Universität von Makerere (Uganda) zum Beispiel hat kürzlich eine grosse Zahl der seit 2011 ausgestellten Diplome widerrufen, denn es wurden vermehrt Zertifikats-Fälschungen aufgedeckt. ■

Angola

Plus ça change, plus c'est la même chose

Angolas Wahl von João Lourenço zum neuen Präsidenten dürfte an der Regierungsstruktur kaum etwas ändern. Einerseits gilt der frühere Verteidigungsminister Lourenço als treuer Diener seines Vorgängers José Eduardo Dos Santos. Andererseits behält Dos Santos den Vorsitz der Regierungspartei MPLA. Weiter verbietet ein neues Gesetz dem Präsidenten die Absetzung der Chefs von Polizei, Militär und Geheimdienst. Böse Zungen sagen denn auch, dass Dos Santos über seine Kinder weiter regieren werde. Neben Isabel Dos Santos, CEO der Petroleumfirma Sanangol, welche das Budget der Regierung sichert, beherrschen deren jüngere Geschwister Tschizé und José Paulino Dos Santos ein Medienimperium und kontrollieren so die grössten Zeitungen, Radio und Fernsehen wie auch die Internetprovider. Nicht bekannt ist, ob sie – wie viele Grössen der MPLA und des Militärs – zu den schlechten Schuldnern der grössten Bank zählen, die faule Kredite im Umfang von 1,18 Milliarden USD angehäuft hat und nun in Zahlungsschwierigkeiten ist. ■

Tagung

Strukturanpassung, Kredite, Korruption und Profite – das Beispiel Mozambik

Eine neue Schuldenkrise schränkt den Handlungsspielraum afrikanischer Regierungen ein. Angetrieben durch die Versprechungen des Rohstoffbooms und die tiefen Zinsen in der entwickelten Welt fliesst Kapital in grossem Umfang in den Süden. Als Sicherheit dienen den Kreditgebern die zukünftigen Erträge aus dem Ressourcenabbau. Dies illustriert der Fall von Mozambik, das mehr als zwei Milliarden US-Dollar für geheime Kredite zurückzahlen muss. Führender Kreditgeber war die Credit Suisse, der vorgeworfen wird, die bei Kreditvergaben geforderte Vernachlässigt zu haben. Die Folgen für Mozambik sind gravierend und haben das Land in eine tiefe Krise gestürzt. Die Tagung befasst sich mit der Funktionsweise der internationalen Finanzstruktur und diskutiert mögliche Interventionen im Hinblick auf Regelwerke, die Kreditgeber zu einem ethisch vertretbaren Handeln anhalten. Tagungssprache ist Englisch.

Samstag 18. November 2017, 8.30 bis 16.45 Uhr

—
**Basler Afrika
Bibliographien (BAB)
Klosterberg 23
4051 Basel**

—
**[www.zasb.unibas.ch/
schuldenkrise](http://www.zasb.unibas.ch/schuldenkrise)**

Sechs Monate im Daily Bread Home

Ein Erfahrungsbericht

Das 1992 gegründete Daily Bread Home ist ein Heim für jugendliche Missbrauchsopfer in der Nähe von East London, Südafrika. Bis zu 70 Kinder und Jugendliche, im Alter von 6 bis 18 Jahren werden über Jahre in diesem Heim betreut. Aufgeteilt in drei Wohnhäuser leben sie auf dem Gelände einer ehemaligen Farm mit einer eigenen staatlichen Schule. Viele von ihnen können nicht nach Hause zurückkehren, da sich der Missbrauch in der eigenen Familie ereignet hat. Ohne (Berufs-)Ausbildung ist es völlig ungewiss, wie diese jungen Menschen in Zukunft ihren Lebensunterhalt bestreiten werden. Während sechs Monaten lebte Beatrice Felber im Heim und unterrichtete im Nähen.

«Muss das wirklich sein?» war wohl die Frage, die ich mir zu Beginn meines Aufenthaltes am meisten gestellt habe. Nicht, dass mir das afrikanische Zeitverständnis nicht bekannt gewesen wäre. Im Gegenteil. Bis anhin hatte es mich jedoch nie sonderlich beschäftigt. Aber jetzt, beim Warten auf die Schülerinnen und Schüler, die irgendwann kommen oder eben auch nicht... Auf schweizerische Pünktlichkeit war ich nicht aus, doch vor leeren Reihen zu unterrichten schien mir doch reichlich sinnlos. Es dauerte einige Zeit, benötigte verschiedene Diskussionen und Erklärungen, doch dann klappte es meist mit den ausgemachten Terminen.

Asonge, Sinesipho, Ayabulela und Anesipho präsentieren Selbstgenähtes (Bild: Beatrice Felber 2017).



Siphosihle beim Schürzennähen, unterstützt von Beatrice Felber (Bild: Siyasanda/Beatrice Felber 2017).



Selber Hand anlegen

Die Kinder wurden schon vor meiner Ankunft im Nähen unterrichtet. Sie hatten jedoch noch nie etwas hergestellt. Das kam mir aus meiner eigenen Schulzeit bekannt vor. So wollte ich es sicher nicht; also durften sie sich als Erstes ein Nadelkissen nähen. Mit diesem Einstieg, gedacht um die Handhabung einer Nähmaschine kennenzulernen, war die Einhaltung der Unterrichtszeit plötzlich kein Thema mehr. Die anfängliche Passivität schlug sehr schnell in Interesse und Neugier um, nicht zuletzt, weil die Kinder immer wieder etwas Selbstgemachtes vorweisen konnten. Gewonnen!

Also weiter mit kleinen Kissen, dann kamen verschiedene Beutel und Taschen sowie einfache Rucksäcke unter die Maschinen.

Zwischendurch verwandelten wir auch mal Duvet in Kopfkissenbezüge. Innert kürzester Zeit entstanden so 25 Bezüge, die dann auf den Betten der Kinder landeten. Was als Übung gedacht war, wurde zum grossen Stolz der Mädchen. Sie hatten etwas für ihr Zuhause angefertigt.

Das Nähen einfacher Utensilien war nicht für alle einfach. Einige der Kinder sind sehr talentiert und es ist ihnen leicht gefallen, Neues in Angriff zu nehmen und relativ selbstständig zu arbeiten. Andere hatten ihre Schwierigkeiten mit dem exakten und sorgfältigen Nähen und benötigten viel Hilfe. Jedoch waren alle mit Begeisterung und Eifer dabei. Oft wollten sie gar nicht mehr aufhören und so planten wir zusätzliche Unterrichtsstunden ein.

Als Nächstes entstanden einfache Röcke aus den wunderschönen Shwe Shwe-Stoffen. Mit den gewünschten Schürzen waren die stolzen Besitzerinnen längere Zeit beschäftigt. Daraufhin konnten wir zwölf Schürzen für einen kleinen Pie Shop nähen. Auf diesen Erfolg waren die Kinder besonders stolz.

Auch die Jungen nähten sich Beutel, Rucksäcke und Schürzen, und mit ihnen zusammen experimentierte ich sogar in der Herstellung von Kappen.

Zum Abschluss konnte endlich auch ein langgehegter Wunsch erfüllt werden: Hosen oder ein Kleid anzufertigen. Vom Schnittmuster bis zum fertigen Kleidungsstück – alles selbst produziert. Hier zeigte sich das erworbene Können.

Auch die Kleinen dürfen ran

Während der Schulferien konnten sich auch die jüngeren Kinder im Nähen versuchen. D.h. alle die gross genug waren, um Nähmaschine und Pedal zu bedienen, durften (endlich!) auch etwas nähen. Dies mit erstaunlichen Erfolgen. So verwandelten sich zum Beispiel die hyperaktiven Zwillinge Anesipho und Sinesipho in still-



links:
Simamkele, Olwethu,
Ntokoso, Unathi, Siyasanda,
Anathi, Mhlali präsentieren die von ihnen gefertigten Schürzen (Bild: Beatrice Felber 2017).

rechts:
Auch erste Kleidungsstücke wurden geschneidert (Mhlali, Unathi, Siyasanda, Analiswe und Anathi) (Bild: Beatrice Felber 2017).

sitzende, konzentrierte Näherinnen. Ebenso gelang es Lilitha sich trotz Beinprothesen mit dem Fusspedal zu rechtzufinden und es war eine besondere Freude mit ihr zu arbeiten.

Von den anfangs 13 Mädchen sind immer noch elf eifrige Näherinnen geblieben, die ihre Nähkünste nun mit meinen Nachfolgerinnen Nonnie und Beauty vertiefen.

Erst nach einiger Zeit interessierten sich auch sieben Jungen fürs Nähen. Leider gaben sie ein kurzes Gastspiel und nur zwei von ihnen blieben über längere Zeit mit viel Eifer dabei. Aber auch diese beiden begabten jungen Herren haben sich dann leider abgemeldet.

Auch einige der Hausmütter waren am Nähen interessiert. Sie befassten sich auch mit «praktischen» Arbeiten, wie Kleider flicken oder ändern. So passten wir vorhandene Kleider an, welche die Mädchen am Sonntag dann stolz in der Kirche trugen.

Zwei der Frauen wurden schon bald von anderen Pflichten suspendiert und wir konnten intensiv zusammenarbeiten, so dass sie nun den Unterricht nach meinem Weggang weiterführen können. Für beide Frauen ist noch eine professionelle Einführung in die Overlock Maschine in der Bernina Filiale in East London eingeplant. Gegen Ende meines Aufenthalts hat sich dann eine pensionierte Handarbeitslehrerin angeboten, Nonnie und Beauty zukünftig zu begleiten und weiter auszubilden. Damit hat sich mein grösstes Anliegen erfüllt, dass Personen vor Ort das begonnene Projekt übernehmen!

Ausbau des Ateliers

Ein Nähzimmer war schon vor meiner Ankunft eingerichtet worden. Doch als die fünf von Bernina RSA gespendeten Nähmaschinen und die Overlock eintrafen, war schnell klar, dass es zusammen mit den vorhandenen fünf Maschinen auf den Tischen sehr eng würde. Grössere Nähtische brachten ausreichend Platz für die Näharbeiten, dafür aber wurde es einiges beengter im Raum.

Deshalb entschloss ich mich schon bald, die Einrichtung eines grösseren Raums zu finanzieren. Mir wurde ein anderer Raum zur Verfügung gestellt und mit wenig Aufwand ist ein sehr grosszügiges und funktionelles Nähzimmer erstanden.

Es war wunderbar mitzuerleben, wie das Selbstvertrauen wuchs und die Mädchen schon bald eigene Ideen einbrachten, die wir nach Möglichkeit auch umsetzten. Die Nähmaschinen waren täglich mehrere Stunden im Einsatz, da ich es bevorzugte, in kleineren Gruppen von fünf bis sechs Schülerinnen und Schülern zu arbeiten. So konnte ich mich besser mit jedem einzelnen Jugendlichen befassen und auf ihre speziellen Bedürfnisse und Wünsche eingehen.

Für einige der Jugendlichen wird das Nähen eine Möglichkeit sein, später den Lebensunterhalt zu verdienen. Das Wichtigste ist jedoch, dass ihr Selbstwertgefühl, ihr Selbstvertrauen in das eigene Können gestärkt wurde, und dass sie stolz auf ihre Leistungen und ihre kreativen Ideen sein dürfen. Dies kann ihnen später durchaus helfen, sich ausserhalb des Heims zurechtzufinden und durchzusetzen.

Es war eine intensive, nicht immer einfache Zeit im Daily Bread Home. Schnell konnte ich guten Kontakt zu den Erwachsenen aufbauen, wurde akzeptiert und gehörte bald dazu.

Da ich mich vormittags oft und gern mit den beiden Jüngsten – Mpilo und Apelele – beschäftigte, war der Kontakt zu den anderen Kindern auch schnell hergestellt. Manchmal sassen bis zu zehn Kinder in meinem Zimmer und übten sich im Zusammensetzen von Puzzles oder spielten Memory.

Bedingt durch meine minimalen Xhosa Kenntnisse mussten sie wohl oder übel Englisch sprechen, was für einige, auch ältere, Kinder schwierig war. Die meisten überwandern ihre Unsicherheit der fremden Sprache gegenüber schnell, und ihr Vertrauen zu mir half ihnen, ihr Englisch zu verbessern.

Eine reiche Erfahrung

Diese sechs Monate waren für mich sehr bereichernd. Durch die Abgeschiedenheit des Heims war ich oft von der Aussenwelt isoliert. An die abendliche Einsamkeit hatte ich mich bald gewöhnt. Dies alles ermöglichte mir jedoch auch einen vertieften Einblick in das tägliche Leben im Heim. In diesen sechs Monaten konnte ich viel geben und habe auch sehr viel erhalten. Der Enthusiasmus, die Freude und der Stolz über geleistete Arbeit haben mich sehr beeindruckt.

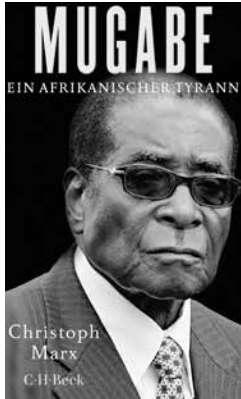
Ich durfte mich einbringen, habe mich eingemischt, habe aufgemischt und auch kleine Veränderungen bewirkt. Ich habe Fragen gestellt und viele Fragen beantwortet. Ich habe Sorgen und Freuden geteilt, mich geärgert, mich gefreut, mitgelacht und mitgeweint, erklärt, zugehört, gelobt und getröstet. Ich habe Freundschaften geschlossen und bin ein Teil der Daily Bread Familie geworden.

Das noch vorhandene Spendengeld habe ich dem Management des Daily Bread Home übergeben, um die Finanzierung von weiterem Material für die nächste Zeit abzusichern. Ganz herzlichen Dank allen Spendern und Spenderinnen, die dieses Projekt ermöglicht haben. Danken möchte ich auch Bernina International (Schweiz) sowie Bernina Südafrika für die grosszügige Unterstützung mit Nähmaschinen. ■

Beatrice Felber ist langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees und hat nach ihrer Pensionierung sechs Monate als Freiwillige im Daily Bread Home gearbeitet. Über das Afrika-Komitee wurden Spendengelder für diesen Einsatz bereitgestellt.
Kontakt:
beatrice.felber@bluewin.ch.

Literatur

Buchbesprechungen



Erste deutschsprachige Mugabe Biografie

bm. Vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Querelen um die Nachfolge des greisen Diktators hat der deutsche Historiker Christoph Marx eine Biografie von Robert Mugabe auf den Markt gebracht. Seine Hauptthese: Mugabe hat sich nicht vom Sozialrevolutionär zum Tyrannen gewandelt; vielmehr war er immer schon gewaltbereit, machtbessessen und visionslos. Marx legt einen beeindruckenden Korpus von Quellen vor und spart nicht mit Einschätzungen. Es ist genauso erschütternd wie lesenswert, die Degeneration des zimbabwischen Staates und der politischen Kultur («Zanuisierung» wird dieser Prozess in Zimbabwe genannt) anhand der detailliert beschriebenen Entwicklungen nachzuvollziehen – Stufe um Stufe bis zum gegenwärtigen Tiefpunkt. Dazu gehören die fehlende Demokratie innerhalb der ZANU-PF und die immer stärkere Ausrichtung auf einen auf Maskulinität fixierten Kulturnationalismus.

Die von Marx postulierte Abwendung Zimbabwes von einem Entwicklungsstaat hin zu einem Souveränitätsstaat ist eine interessante These, deren theoretische Diskussion und Fundierung allerdings fehlt. Eine weitere These ist erwähnenswert: nicht die Person von Mugabe, sondern die politische Kultur der ZANU war es, «die einen Diktator wie ihn hervorbringen musste».

Insgesamt bleibt das Buch leider meist an der Oberfläche der Ereignisse – die Leserschaft erfährt wenig über die dahinterliegenden Konflikte und Entscheidungsprozesse. Zudem geht die Darstellung kaum auf Ambivalenzen ein. Auch wenn Mugabe seit seinem Eintritt in die Politik auf Machterhalt aus gewesen sein mag, kann er gleichwohl politische Ziele verfolgt haben. Die These, dass der Nationalismus keine politische Vision, sondern

nur ein populistisches Instrument zum Machtgewinn war, trägt letztlich nicht dazu bei, die soziale Gestaltungskraft der nationalen Bewegung zu fassen. Fakten, die nicht in die Hauptthese passen, werden erwähnt, ohne nach ihrer Bedeutung zu fragen. So bleibt der Eindruck, dass der Autor durch die Geradlinigkeit, mit der er seine Thesen verfolgt, die Chance für ein besseres Verständnis der Entwicklung Zimbabwes vergeben hat. ■

Christoph Marx: Mugabe – Ein afrikanischer Tyrann. Reihe: Diktatoren des 20. Jahrhunderts. München 2017 (Verlag C. H. Beck).

Die bäuerliche Landwirtschaft, Weg in die Zukunft!

sg. Soll die nationale Souveränität unbedingt behauptet oder hintangestellt werden? Diese Frage steht heute wieder zur Debatte. Für den Ökonomen Samir Amin sollte die Frage der Souveränität nicht auf die Lesart der Rechtskonservativen reduziert werden. Die Verteidigung der Souveränität ist entscheidend für den Schutz einer basisorientierten Alternative und ist notwendige Bedingung für jeden Schritt in diese Richtung.

Im ersten Teil der Studie stellt Amin die Volkssouveränität im Sinne einer Alternative zur liberalen Globalisierung dar. Themen sind hier der imperialistische Charakter des Kapitalismus, Bandung und das Erwachen des Südens, die Perspektiven der Nationalstaaten heute, die Erneuerung des Geistes von Bandung und die Wiederherstellung einer Allianz der blockfreien Staaten und schliesslich souveräne Planung in der Perspektive einer verhandelten Globalisierung. Im zweiten Teil stellt der Autor die bäuerliche Landwirtschaft als die zukunftsfähige Lösung in Bezug auf Ernährungssicherheit schlechthin dar und analysiert die Bedingungen unter denen sie gestärkt und die Ernährungs-

Souveränität gesichert werden kann.

Samir Amin ist Direktor des Forums Dritte Welt (FTM) in Dakar und Präsident des Internationalen Forums der Alternativen (FMA). Der engagierte Ökonom hat Dutzende von Beiträgen verfasst. Viele von diesen wurden in mehrere Sprachen übersetzt. ■

Samir Amin: La Souveraineté au Service du peuple. Genf 2017 (CETIM).

Heimfinden

ef. Ken Bugul wurde durch den 1985 erschienenen Roman «Die Nacht des Baobab» bekannt, in dem sie schildert, wie eine senegalesische Studentin in Brüssel sich im Milieu einer Künstlerschickeria verliert, in der sie einfach nur als exotische Schönheit wahrgenommen wird. Nun ist «Riwan oder der Sandweg» erschienen, auf Französisch bereits 1999 veröffentlicht.

Dieser ebenfalls autobiografisch geprägte Roman beschreibt die Rückkehr ins ländliche Senegal. Als Europa-Rückkehrerin ohne Geld und Job, ohne Mann und Kinder hat sie auch dort einen schweren Stand. Was ihr erlaubt, allmählich wieder zu sich zu finden, ist die Freundschaft mit einem Seringue, einem traditionellen Würdenträger. Sie bewundert den feinsinnigen, sensiblen Mann, der seine Aufgaben mit Würde und Klugheit ausübt, und fühlt sich von ihm als Frau erkannt. Schliesslich wird sie seine 28. Ehefrau. Zwar schaut sie mit durchaus kritischen Augen auf die Lebensbedingungen der Frauen in seinem Hof, ihre Unfreiheit und Rivalität untereinander. Doch die gemeinschaftliche Lebensform zieht sie auch an. Sie fühlt sich unter den Frauen wohl, ohne Vorurteile und Erwartungen angenommen, einfach nur als der Mensch, der sie ist. Und es gibt auch rationale Gründe für die Heirat. Sie, die Alleinstehende und Heimatlose, von den Männern und von ihrem Leben als «eman-

Buchbesprechungen

zipierte» Intellektuelle in Europa Enttäuschte, findet als Gattin des Seringue eine neue, gesellschaftlich anerkannte Identität.

Auch ist ihr Leben nicht mit dem der andern Frauen vergleichbar. Der Seringue, der sie als intellektuelle Gesprächspartnerin schätzt, kauft ihr eine Schreibmaschine und unterstützt ihr Buchprojekt. Sie kann sich frei bewegen wie die erfolgreichen Geschäftsfrauen, denen die Heirat mit einem bedeutenden polygamen Mann Würde, einen sozialen Status und nicht zuletzt sexuelle Befriedigung und ihren Seelenfrieden gibt.

Ken Bugul rührt an ein Tabu, andere afrikanische Schriftstellerinnen – von Mariama Bâ bis Paulina Chiziane – zeigen fast ausschliesslich das Leiden der Frauen in der Polygamie. Gleichzeitig ist das Buch ein berührendes Zeugnis der Identitätssuche einer Frau, die um eines westlichen Ideals willen lange ihren eigenen Hintergrund verleugnete. «Man hatte mir gesagt, ich solle auf das verzichten, was ich war, dabei hätte ich mich selber bleiben und mich der Modernität öffnen sollen.» ■

Ken Bugul: *Riwan oder der Sandweg*, Berlin 2016 (AfricAvenir International).

Neue CDs



Neues und Altes aus Tanzania und Kamerun
Msafiri Zawose, Sohn der 2003 verstorbenen tansanischen Musiklegende Hukwe Zawose, legt mit Uhamiaji ein Album mit Tradition und Zukunft vor. Zawose singt und spielt hauptsächlich das traditionelle Instrument Ilimba (Damenklavier). Die Rhythmen und der Aufbau der Musik orientieren sich immer noch an der grossartigen Gogo-Musik, welche schon sein Vater Hukwe Zawose bekannt machte. Dessen Hauptwerk Hukwe Zawose & The Master Musicians of Tanzania Chibite erschien damals bei Real World und fand so auch hier eine Hörerschaft. Beim Gogo-Stil ist nicht nur die besondere Musik beachtenswert, sondern auch die zentrale Rolle des Gesanges und dessen Aussagen. Da erstaunt es nicht, auf dem Album klare Töne zu aktuellen Problemen wie Flucht, Immigration und zu globaler Politik zu hören. Msafiri Zawose hat die Musik weiterentwickelt. Natürlich spielen Ilimba, gespielt von der halben Familie, eine wichtige tragende Rolle. Dazu gesellen sich Malimba, Ngoma, Bass, Perkussion und nun auch gekonnt eingespielte Elektronik sowie Blasinstrumente (z. B. Trompete). Das erinnert manchmal an die legendäre deutsche Band Can, aber auch an Jazz und improvisierte Musik. Genauso frische Einflüsse gibt es beim



Gesang, wo sanfte Hip-Hop-Töne zu hören sind. Diese Platte hat ihren ganz eigenen Stil und eine wunderbar atmosphärische Dichte. Es lohnt sich, ein paarmal reinzuhören.

Makossa – der kamerunische Musiker Manu Dibango machte diese sehr tanzbare, rhythmische Musik weltberühmt, die in Kamerun zwischen Mitte der 1970er und 1980er Jahre ihre goldene Zeit hatte. Unzählige Gruppen pflegten diesen Stil. Pop Makossa hat es in sich: treibend, explosiv, erdig, ungeschminkt. Die vorliegende Kompilation Pop Makossa dokumentiert eindrücklich den Stil der Yaoundé zum Tanzen brachte – und das mal ohne Manu Dibango. Pasteur Lappé, Mystic Djim & The Spirits, Bill Loko, Eko Roosevelt Louis, Pat' Ndoye und einige mehr bringen fiebrigen, spannungsgeladenen Tanzsound, wie man ihn hier selten hört und der damals eigentlich nur in Kamerun gehört wurde – noch vor Afro-Beat und Afro-Funk. Makossa wird hier ohne die Elektronik und Drum-Maschinen präsentiert, die später auch bei Manu Dibango eine wichtige Rolle spielten. ■

Msafiri Zawose: *Uhamiaji*. 13 Tracks. Produziert durch Msafiri Zawose und Sam Jones mit Unterstützung von Pro Helvetia. CD und LP (Vinyl). Soundway Records, 2017.

Pop Makossa. *The Invasive Dance Beat of Cameroon 1976–1984*. 12 Tracks. Compiled by Samy Ben Redjeb and Déni Shain. CD und LP (Vinyl). Analog Africa, 2017.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. medien@comedia-sg.ch, www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.

**CETIM – Centre Europe Tiers Monde, Genf:
Dokumentationszentrum, Verlag und Netzwerk**

«Es gibt keine unterentwickelte neben einer entwickelten Welt, sondern nur eine einzige, schlecht entwickelte Welt». Diese Überzeugung lag 1970 der Gründung des CETIM als ein Studienzentrum für Forschung und Information in Genf zugrunde. Es wollte sich auf die Mechanismen der Fehlentwicklung der Welt konzentrieren und Schaltstelle sozialer Bewegungen des globalen Südens und Nordens sein. «Fehlentwicklung» ökologischer, ökonomischer und sozialer Natur ist nicht auf die Dritte Welt begrenzt, sondern umfasst den ganzen Planeten: Die schwindelerregende Verschuldung und sozioökonomische Stagnation vieler Länder des Südens sowie die stets wachsende Distanz zwischen Reich und der Arm punkto Lebensbedingungen und Konsummöglichkeiten berechtigen zu dieser Einschätzung. Schon ein einfacher Blick auf die Statistiken der diversen UN-Agenturen zeigt, dass weltweit mehr Menschen als je zuvor unter chronischer Armut leiden. In gleichem Masse vervielfachen sich ökologische Katastrophen, die das

Überleben der Menschheit und des Planeten bedrohen und neue Konfliktquellen schaffen. Ein weiterer zentraler Faktor der Fehlentwicklung ist die massive Aufrüstung.

Im Zeitalter der Globalisierung müssen neue Beziehungen zwischen Nationen, Völkern und Individuen gebildet werden, um mit den durch das dominante ökonomische Paradigma verursachten Krisen Schritt zu halten. Ein primäres Anliegen des CETIM ist deshalb die Suche nach Alternativen, welche das Überleben und die Entwicklung der Grosszahl der Länder des Südens sichern könnten. Diese Länder sind in einer Fron gefangen, die sie ökonomisch ebenso wie ökologisch einschränkt, ihre soziale Struktur beschädigt und ihre Kultur bedroht.

Ein spezialisiertes Dokumentationszentrum

Das CETIM ist ein öffentlich zugängliches Dokumentationszentrum. Mit seinen 3000 Werken einer breiten Auswahl von Autoren und 200 Zeitschriften konzentriert es sich unter anderem auf Themen wie Entwicklung, Umwelt, Handel, Verschuldung, Ernährungssouveränität, multinationale Unternehmen und Menschenrechte.

Ein Verlagshaus wie kaum ein anderes

Mit über 150 verdienstvollen Publikationen ist das CETIM ein Verlag der Nord-Süd-Beziehungen und Entwicklungsfragen. Dessen einzigartiger, ernsthafter und kritischer Blickwinkel ist in den gängigen Medien selten zu finden. Die Publikationen wollen dem breiten Publikum Instrumente an die Hand geben, um die Welt zu verstehen ebenso wie Wege zu ihrer Transformation zu finden.

Aktive Unterstützung sozialer Bewegungen bei den Vereinten Nationen

Das CETIM hat beratenden Status bei ECOSOC und unterstützt soziale Bewegungen dabei, Zugang zu den Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte zu finden und Teil zu haben am Entwurf neuer internationaler Menschenrechtsnormen. Zugunsten seiner Partner und dem breiteren Publikum führt es Informations- und Trainings-Anlässe zum Thema Menschenrechte durch.

LeserInnenservice

Ich bestelle beim Afrika-Komitee

- «Südafrikanische Küche», 2., erw. Auflage (Fr. 29.– + Fr. 4.– Porto)
- «Afrikanisch Kochen» (Fr. 28.– + Fr. 4.– Porto)
- Oliver Mtukudzi, «The Other Side», CD (Fr. 27.– + Fr. 2.– Porto)
- Afrika-Bulletin 167: Afrikanisches Kino – Chancen und Herausforderungen
- Afrika-Bulletin 166: Die Schuldenfalle
- Afrika-Bulletin 165: Aktuelle Brennpunkte
- Afrika-Bulletin 164: Eritrea – was steckt hinter dem Flüchtlingsstrom?
- Afrika-Bulletin 163: Afrikas Flüsse im Laufe der Zeit
- Afrika-Bulletin 162: Der schwierige Weg der Opposition

Ich abonniere das «Afrika-Bulletin»

- Ich werde Mitglied des Komitees (Fr. 60.–/Euro 50.– Jahr, inkl. Bulletin)
- Jahresabonnement (Fr. 30.–/Euro 30.–)
- Unterstützungsabonnement (Fr. 50.–/Euro 40.–)

Ich möchte mehr über das Afrika-Komitee wissen

- Jahresbericht 2016
- Plattform des Afrika-Komitees
- Ich kann für das Afrika-Bulletin werben, sendet mir Probeexemplare zum Verteilen

Name

Strasse

PLZ/Ort



CETIM
Rue Amat 6
1206 Genf
www.cetim.ch